

Protokoll der Delegiertenversammlung

25. Juni 2016, 11.00 – 15.00 Uhr, Chur

Vorsitz: Christian Levrat

Protokoll: Simon Roth

Anwesend: 185 Delegierte und 27 Gäste

Anmerkung zum Protokoll

Sämtliche Referate, Diskussionen und Wortmeldungen der Delegiertenversammlung werden aufgezeichnet und sind im Zentralsekretariat der SP Schweiz archiviert.

1. Eröffnungsgeschäfte

Barbara Gysi eröffnet die Delegiertenversammlung. Sie weist auf die erfolgreichen Lokalwahlen in Chur hin: Der Stimmengewinn betrug mehr als 4 Prozent. Der Entscheid Grossbritannien, aus der EU auszutreten hat grosse Verunsicherung hinterlassen. Und der Wahlausgang vom letzten Herbst hat die Arbeit im nationalen Parlament erschwert, umso wichtiger wird deshalb die Arbeit auf der Strasse.

Grussbotschaft von **Philipp Wilhelm**, Parteipräsident SP Kanton Graubünden. Für ihn stellt sich die Frage, wie es mit Europa weitergeht. Zuerst gehe es aber um nationale Politik und um eine starke Oppositionspolitik. Im Kanton Graubünden kennt die SP nichts anderes, ist sie doch im Kantonsrat deutlich in der Minderheit.

Grussbotschaft von **Patrik Degiacomi**, Kandidat Stadtrat Chur, Mitglied SP-Grossratsfraktion. Die Rosen stehen sinnbildlich dafür, dass man hin und wieder unbequem sein muss, insbesondere dann, wenn die Bürgerlichen alles unter sich aufteilen. So beispielsweise, wenn einige wenige Churer die Mieterinnen und Mieter immer schamloser abzocken.

Wahl der StimmzählerInnen und StellvertreterInnen

Beschluss der Delegiertenversammlung: So wie runtergelesen einstimmig gewählt.

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Beschluss der Delegiertenversammlung: Karin Mader wird stillschweigend gewählt.

Tagesordnung/Schlussdokumentation

In der Schlussdokumentation sind nochmals sämtliche Papiere enthalten.

Die definitive Traktandenliste enthält folgende Änderungen/Hinweise:

Unter Traktandum 7 sind folgende Resolutionen enthalten: R-1 SP Tessin „Für eine menschliche Asylpolitik“, R-2 SP Tessin „SBB-Werk Bellinzona sichern“, R-3 SP MigrantInnen „Einbürgerungsgesuch jetzt stellen“. Zudem ist der Antrag A-1 Max Schmid SG „starker Franken“ und die Bewerbung von Margrith Beyeler-Graf im Dokument enthalten.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die aktualisierte Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

Ordnungsanträge

Ordnungsanträge zum Ablauf müssen vor dem Beginn des Traktandums eingereicht werden.

Ordnungsantrag der Geschäftsleitung:

Redezeitbeschränkung für Antragstellende fünf Minuten, weitere RednerInnen drei Minuten.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Der Ordnungsantrag wird mit deutlichem Mehr und einigen wenigen Enthaltungen angenommen.

Wortmeldezettel

Wortmeldezettel müssen vor dem Podium geholt und können nur dort wieder abgegeben werden. Wortmeldungen müssen bis zum Beginn des vorhergehenden Traktandums eingereicht werden.

Protokoll der DV vom 16. April 2016 in La Chaux-de-Fonds

Genehmigung des Beschluss-Protokolls der Delegiertenversammlung vom 16. April 2016 in La Chaux-de-Fonds. Dieses kann unter www.sp-ps.ch heruntergeladen werden. Ausserdem kann es beim Zentralsekretariat in gedruckter Form angefordert werden.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Das Protokoll wird mit Dank an die beiden Verfasserinnen Nadège Piller und Olga Baranova genehmigt.

2. Mitteilungen

Der Versand zum Parteitag vom Dezember wird elektronisch stattfinden.

An der Sommeruni sind noch einige wenige Plätze zu vergeben. Wer teilnehmen will, muss sich jetzt anmelden.

Leyla Gül gratuliert Tamara Funciello zur Wahl als erste Präsidentin der JUSO Schweiz.

3. Genug ist genug: die SP ist bereit für eine unbequeme Oppositionspolitik im Interesse der Gesamtbevölkerung

Einstiegsvideo mit Schlagzeilen aus den letzten Wochen.

3.1 Rede Christian Levrat, Präsident SP Schweiz, Ständerat FR

Die Rede von **Christian Levrat** kann auf der Website der SP Schweiz (www.sp-ps.ch) heruntergeladen werden.

Der Sprechende hatte letztthin die Gelegenheit, Selahattin Demirtaş zu treffen. Diesem und vielen Politikerinnen und Politikern seiner Partei drohen Gefängnisstrafen für ihre politische Überzeugung. Seine Entschlossenheit hat Christian Levrat stark beeindruckt. Mit derselben Entschlossenheit müsse jetzt auf den Austritt Grossbritanniens reagiert werden. Gerade die Politverdrossenheit der Arbeiterklasse muss uns zu denken geben. Es sei zu einfach, die EU anzuprangern um keine Lösungen präsentieren zu müssen. Es sei die europäische Rechte, die institutionellen Änderungen in der EU verhindern und stattdessen die verantwortlich ist, dass Europa seine Seele an den Stacheldrähnten und den Tiefen des Mittelmeers verliert. Für den Sprechenden ist klar, dass sozialer Fortschritt und internationale Öffnung Hand in Hand gehen müssen, sonst sei ein Scheitern programmiert. Die SP sei die kompetenteste Partei bei Fragen um die EU. Auf die FDP hingegen sei kein Verlass – diese biedere sich der SVP an.

In den letzten beiden Legislaturen konnte die SP laut dem Sprechenden überzeugende Resultate liefern. Jetzt, sechs Monate nach der Einsetzung des neuen Parlamentes werde offensichtlich, dass die Rechte ihre neue Mehrheit unter Führung der SVP durchsetze. Es sei keine Rückkehr, zu einer klassischen bürgerlichen Politik, wie sie für die Schweiz während Jahrzehnten typisch war. Es sei die Übernahme der Politik durch die Nationalisten. Dies verpflichte die SP, eine aktive, entschlossene und wirkungsvolle Oppositionspolitik zu betreiben.

Die USR III führe zu astronomischen Steuerausfällen für Bund, Kantone und Gemeinde. In Belgien habe eine eine ähnliche Steuerreform zu zehnmal höheren Ausfällen als ursprünglich budgetiert geführt. Mit der Steuerreform machen die Bürgerlichen keine Beschäftigungspolitik, sondern lediglich Geschenke für die Unternehmen. Und statt den Pensionierten einen anständigen Lebensabend zu ermöglichen, schenken die Bürgerlichen das Geld lieber den landwirtschaftlichen Grossgrundbesitzer oder dem Militär. Die Abstimmung im Herbst werde eine gute Gelegenheit, die AHV zu verteidigen.

Die jetzige Legislatur werde nicht einfach. Die SP müsse verhindern, dass diese als Legislatur des sozialen Abbaus in die Geschichte eingeht. Aus der Arbeit der Basiskampagne können jetzt die Früchte geerntet werden: Mehr Mitglieder und mehr Stimmen. So beispielsweise in Luzern oder Chur.

Die SP sei bereit: sie werde die Agenda der Bürgerlichen konsequent bekämpfen. Sie werde eine Gesellschaft verteidigen, in welcher jeder und jede ihren Platz hat. So könne die Abbaupolitik der Bürgerlichen zu Fall gebracht und die Wahlen 2019 gewonnen werden.

Gemeinsam mit den anderen Mitglieder des Präsidiums ist der Sprechende bereit, die Arbeit im Präsidium fortzuführen.

Resolution GL SP Schweiz, Aufruf zur Unbequemlichkeit

Rebekka Wyler (Präsidentin Basel 3) weist darauf hin, dass die Mehrheiten inzwischen klar gegen die SP sind. Ihr ist ein Anliegen, dass die SP im Hinblick auf die Wahlen 2019 Antworten auf die wichtigen Fragen geben kann. Die SP müsse sich die Frage stellen, was zur Entfremdung zwischen den Menschen und der Politik geführt hat. Hier könne die Resolution noch deutlicher werden.

Tamara Funicello (Präsidentin JUSO Schweiz) bedauert den Entscheid der Briten. Aus Nationalismus sei noch nie etwas Gutes gekommen. Für sie sei linke Opposition aber nicht nur, einfach etwas unbequem zu sein. Für sie bedeute linke Opposition eine Stärkung der Bewegung, mehr Zusammenarbeit sowie Offensive statt Defensive. Die JUSO wünscht sich von der SP den Mut, ein anderes System zu erkämpfen um die Welt zu verändern.

Corinne Bolay (Präsidentin Kanton Neuenburg) möchte keinen Nachtwächterstaat. Deshalb müsse die SP eine unbequeme Politik betreiben. Es werden Vorwürfe kommen, dass die SP eine Blockadepartei sei und den Willen der Bevölkerung nicht respektiere. Dies sei falsch. Die SP sei die zweitstärkste Partei und müsse die Werte unserer Wählerinnen und Wähler verteidigen. Gleichzeitig dürfe sie nicht aufhören zu träumen.

Marianne de Mestral (Co-Präsidentin SP 60plus) erinnert daran, dass es schon immer die Aufgabe der Linken war, unbequem zu sein. Der Vorstand von SP 60+ akzeptiert den Aufruf. Gleichzeitig möchte sie diesen ergänzen mit tatsächlich unbequemen bzw. tabuisierten Themen wie Europa, Flüchtlinge etc. Den Bürgerlichen werde die Rechnung spätestens bei den nächsten Wahlen serviert.

Ruedi Tobler hat lediglich eine kurze Bemerkung. Es wird in der Resolution von Rechtsbürgerlichen gesprochen. Die tatsächliche Natur der SVP sei aber diejenige einer rechtsextremen Führerpartei.

Roger Nordmann (Fraktionspräsident, VD) geht auf die Bemerkungen der Vorrednerinnen und -redner ein. Die SP müsse verhindern, dass Errungenschaften, die ihr wichtig sind, kaputt gemacht werden. Die dazu notwendigen Kämpfe müssen geführt werden und seinen wohl auch zu gewinnen. Die SP definiere sich nicht über die SVP sondern über ihre eigenen Werte. Wenn die Bürgerlichen die Bilateralen retten wollen, haben sie keine andere Wahl, als mit der SP zusammenzuarbeiten. Mit den Referenden könne die Position der Fraktion gestärkt werden.

Die Resolution wird bei zwei Enthaltungen und ohne Gegenstimme angenommen.

3.2 Referendum gegen die USRIII

Jacqueline Badran (Nationalrätin, ZH) kommt mit einiger Verzögerung auf das Rednerpult. Die SP stehe für die Menschen, die von ihrem Lohn und ihren Renten leben. Die SP stehe hingegen nicht für die Erträge der Patrons. Die SP stehe nicht für die Produktionsfaktoren Boden und Kapital, sondern für den Produktionsfaktor Arbeit. Die Sprechende zeigt, wie die Kämpfe der Vergangenheit zu den späteren Errungenschaften geführt haben. Seit dem Ende der 1980er Jahre habe sich aber vieles geändert: Staatsbetriebe wurden privatisiert und Steuervergünstigungen für das Kapital eingeführt, damit wurde in ganz Europa ein gewaltiges Steuersubstrat vernichtet. Scheibenweise seien in den vergangenen Jahren Steuern gesenkt und abgeschafft. Mit vielen Tricks umgehen die Konzerne die Steuergesetze. Erpresst werde die Gesellschaft von der Logik der Kapitalmärkte. Finanziert werden die Gewinne durch den Produktionsfaktor Arbeit. Das Fuder werde seit

Jahrzehnten immer stärker überladen. Die Lohnempfänger müssten einen immer grösseren Teil der Staatsausgaben finanzieren, während das Kapital entlastet werde.

Prisca Birrer-Heimo (Nationalrätin, LU) verdeutlicht, weshalb das Fuder mit USR III komplett überladen wurde. Es seien Steuerschlupflöcher geöffnet worden, von denen heute nicht absehbar ist, wie viel Steuersubstrat damit dereinst vernichtet werden. Die Steuerrabatte können bis zu 80% betragen. Das Loch in den Kantonskassen soll mit einem Loch in der Bundeskasse gestopft werden. Der Steuerwettbewerb unter den Kantonen würde mit USR III weiter angeheizt. Ein Beispiel, wo dies Enden kann, sei der Kanton Luzern: Zwangsferien, höhere Arbeitszeiten für Staatsangestellte, Abbau bei den Leistungen für behinderte Menschen usw. usf.

Susanne Leutenegger Oberholzer (Nationalrätin, BL) erinnert, dass wir den Kampf gegen USR II beinahe gewonnen haben und dass wir sicher gewonnen hätten, wären die Konsequenzen damals bereits vollumfänglich bekannt gewesen. Auch bei USR III gibt es grosse Unsicherheiten. Die SP war nicht grundsätzlich gegen USR III weil die heutigen Privilegien nicht haltbar sind. Genauso gab es aber klare Vorstellungen zur Gegenfinanzierung. Im Abstimmungskampf werden Millionen von jenen investiert, die später mit Milliarden davon profitieren werden.

Brigitte Hollinger (Präsidentin Basel Stadt) spricht nicht im Namen der SP Basel Stadt, da diese ihre Parole noch nicht beschlossen haben. Sie möchte auf die Rolle von Eva Herzog hinweisen, die vor allem das Optimum für ihren Kanton herausholen muss. Die Ausfälle seien aber nicht finanzierbar. Bereits heute fallen immer mehr Menschen durch die sozialen Maschen. Deshalb muss die SP gegen USR III kämpfen.

Fabio Canevascini (SP Tessin) verdeutlicht, weshalb die Reform abgelehnt werden muss.

Roger Nordmann (Fraktionspräsident, VD) betont, dass die USR III eine grosse Mogelpackung sei. Sie sei komplett willkürlich und werde zu einem orientalischen Basar führen, da laufend ausgehandelt werden muss, was abzugsberechtigt ist und was nicht. Käme diese Reform durch, würde dies zu gewaltigen Einschnitten für die Landwirtschaft, die Bildung, den öffentlichen Verkehr usw. führen. Die SP hat Kompromisse vorgeschlagen, diese wurden aber alle abgelehnt. Dass es auch anders geht, hat man im Waadtland gezeigt. Das Referendum sei deshalb zwingend.

Das Referendum wird einstimmig und ohne Enthaltungen beschlossen.

Flavia Wasserfallen weist darauf hin, dass die SP bei diesem Referendum den Lead haben wird und wir die Unterschriften über die Sommerferien sammeln müssen.

4. Rede Alain Berset

Alain Berset (Bundesrat, FR) weist darauf hin, dass der Brexit ein politischer Ernstfall sei. Die Unsicherheit werde auch für die Schweiz zunehmen. Der britische Entscheid sei Ausdruck für das Unbehagen gegenüber der Globalisierung. Auch die Schwächeren müssen von den Vorzügen des internationalen Handels profitieren können. Die SP muss die internationale Zusammenarbeit weiter verteidigen. Die Schweiz als kleiner Staat profitiert überdurchschnittlich von Rechtssicherheit und Stabilität auf internationalem Niveau. Europa ist unsere kulturelle Heimat. Die Schweiz sei kulturell das europäischste Land überhaupt.

Die Bevölkerung müsse aber auf dem Arbeitsmarkt besser vor Missbräuchen geschützt werden. Flankierende Massnahmen seien dafür absolut zentral. Die Schattenseiten offener Märkte dürfe nicht

ausgeblendet werden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf müsse gewährleistet sein. Die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen seien nicht hinnehmbar.

In den zwei Jahrzehnten fand keine Reform zur AHV und zum BVG eine Mehrheit in der Bevölkerung – weil sie deren Bedürfnisse nicht respektierten. Entscheidend seien nicht versicherungsmathematische Fragen. Entscheidend sei, dass die Renten aus der 1. und der obligatorischen 2. Säule insgesamt nicht reduziert werden.

In den letzten Dreijahrzehnten wollte man uns weismachen, dass soziale Sicherheit ein Auslaufmodell sei. Das Gegenteil ist aber der Fall. Sie ist Voraussetzung für die Stabilität der Schweiz.

Reformen können in der Schweiz nur mit und nicht gegen die Bevölkerung gelingen.

„Bei einem Fussballspiel verkompliziert sich alles mit der Anwesenheit der gegnerischen Mannschaft“ (Sartre). Dies sei in der Politik nicht anders. Und das Spiel Schweiz gegen Frankreich war ein Spiegel unserer Partei: Zwar waren die Shirts zerfetzt, die Schweiz aber eine Runde weiter.

Einlage Andri Perl

5. Parolenfassung für eidg. Abstimmungen am 25. September 2016

I. Volksinitiative vom 17.12.2013 „AHVplus: für eine starke AHV“

Wortmeldungen:

Giorgio Tuti (Vizepräsident SGB, SEV-Präsident) erläutert, weshalb es die Initiative braucht. Die Bürgerlichen redeten die AHV immer schlecht. Die Absicht dahinter ist, dass sich die Menschen in die zweite Säule flüchten – hier, wo es für die Versicherungen etwas zu verdienen gibt. Heute stehe die zweite Säule aber selber in Schieflage, auf die Vermögen können kaum noch Renditen erzielt werden. Die Antwort darauf sei eine Stärkung der AHV. Bei der Initiative gehe es um einen 10%-Zuschlag auf aktuelle und zukünftige Renten. Diese Rentenerhöhung sei überfällig, weil die Menschen diese brauchen. Diese koste 4.1 Milliarden. Seit 1975 gab es bei den Beiträgen keine Anpassungen mehr. Finanziert werden solle dieser Betrag paritätisch durch Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite.

Rolf Zimmermann (SP 60+) erinnert daran, dass Bundesrat Berset gesagt hat, dass die AHVplus-Initiative die richtigen Themen anspreche. Die Rechte mussten immer zu höheren Renten gezwungen werden. Seit es die AHV gibt, betreiben die Gegner eine konsequente Panikmache. Dabei sei diese kerngesund und werde dies auch bleiben, solange die Abbaupolitik der Bürgerlichen gestoppt werden könne. Das Märchen der «reichen Alten» sei in Bezug auf viele Rentnerinnen und Rentner zynisch. Viele von ihnen haben als Einkommen nur die AHV und diese reiche nicht, um das Existenzminimum zu decken.

Marina Carobbio (Vizepräsidentin SP Schweiz) vertritt den Antrag der Geschäftsleitung. Es brauche eine sozialere Versicherung und eine gute Rentenpolitik. Die SP sei kategorisch gegen jegliche Erhöhung des Rentenalters und gegen jede Verminderung der Rentenleistungen. Wer richtig rechne, stärke die AHV. Die Kosten von 4 Milliarden seien ein kleiner Preis für ein Leben in Würde im Alter.

Empfehlung der Geschäftsleitung: JA-Parole

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegierten beschliessen einstimmig (131 Stimmen), ohne Gegenstimmen oder Enthaltungen die Ja-Parole.

II. Volksinitiative vom 6.09.2012 „Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft“ (Grüne Wirtschaft“

Wortmeldungen:

Beat Jans (Vizepräsident SP Schweiz) vertritt die Haltung der Geschäftsleitung der SP Schweiz. Die Forderungen der Initiative seien vernünftig. Am meisten diskutiert werde der ökologische Fussabdruck. Dieser dürfe bis im Jahr 2050 nur noch so hoch sein, wie auch Ressourcen nachwachsen können. Heute liege dieser in der Schweiz bei etwa 2.8. Dies bedeute, dass die Lebensgrundlage unserer Kinder systematisch übernutzt werde. Mit der Energiestrategie und dem direkten Gegenvorschlag zur Initiative gäbe es zwei Strategien zur Umsetzung – auf den direkten Gegenvorschlag ist der Ständerat nicht einmal eingetreten.

Empfehlung der Geschäftsleitung: JA-Parole

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegierten beschliessen einstimmig mit 133 Stimmen bei einer Enthaltung die Ja-Parole.

III. Volksinitiative vom 25.09.2015 über den Nachrichtendienst NDG

Wortmeldungen:

Susanne Leutenegger-Oberholzer (Nationalrätin) vertritt die Nein-Parole. Das NDG sei das Schnüffelgesetz par excellence. Sie ermögliche die Überwachung ohne konkreten Strafverdacht. Der Staatstrojaner könne präventiv in private Computer eingeschleust werden. Das Gesetz gehe nicht von der Unschuldsumutung sondern umgekehrt von der Schuldsumutung aus.

Sandra Eichenberger (SP BS) fordert die Delegierten auf, die Nein-Parole zu beschliessen. Die SP müsse aus Überzeugung gegen den Schnüffelstaat sein. Dem Nachrichtendienst dürfen keine weiteren Kompetenzen gegeben werden. Sicherheit bekomme man nicht mit mehr Überwachung und mehr Repression.

Eric Voruz (SP VD) vertritt die Haltung der SP Waadt. Dank der Arbeit des Parlaments sei das Gesetz deutlich verbessert worden. Das Gesetz sei eine Rückversicherung für den Rechtsstaat.

Matthieu Béguelin (SP NE) möchte für einen kühlen Kopf plädieren. Man sage uns, Freiheit ist Sicherheit und Sicherheit sei Überwachung. Ergo sei Freiheit Überwachung. Dem können wir nicht zustimmen.

Fabian Molina (Vize-Präsident SP Schweiz) vertritt die Haltung der Geschäftsleitung. Er erinnert daran, was Edward Snowden als Whistleblower zum Vorschein gebracht hat: eine präventive und willkürliche Überwachung. Genau dies wolle jetzt auch der schweizerische Nachrichtendienst. Der Nachrichtendienst sei nur präventiv zuständig, sobald ein konkreter Verdacht besteht, werde die Angelegenheit den Strafverfolgungsbehörden übergeben. Es sei davon auszugehen, dass die neuen Rechte durch den Nachrichtendienst missbraucht würde, wie ein Blick in die Geschichte dieses Dienstes zeige. Als Sozialdemokraten könne die SP dieses Gesetz nicht akzeptieren.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Nein-Parole

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegierten beschliessen mit 125 Stimmen die JA-Parole bei 15 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen.

6. Statutarische Geschäfte

Genehmigung Jahresrechnung 2015

Die Rechnung 2015 schliesst mit einem leichten Plus ab. Dies, weil deutlich mehr Spenden als budgetiert generiert werden konnten. Deshalb wurde ein Nachtragskredit für Railway-Plakate gestellt, dazu kam der Wahlanlass im Turgi, der so nicht budgetiert war.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Genehmigung der Jahresrechnung 2015

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Jahresrechnung wird einstimmig genehmigt.

Nachtragskredit zum Budget 2016

Der Nachtragskredit gilt für das Referendum gegen USR III, das Referendum gegen das Ladenöffnungsgesetz ist inzwischen obsolet.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Der Nachtragskredit wird einstimmig genehmigt.

7. Resolutionen, Anträge und Wahlgeschäfte

Ordnungsantrag: Nur die Antragssteller dürfen zu den Resolutionen sprechen. Der Ordnungsantrag wird angenommen.

R-1 SP Tessin „Für eine menschliche Asylpolitik“

Wortmeldungen:

Gina Lamantia (SP TI) findet es an der Zeit, «Stopp» zu sagen gegen die unmenschliche Flüchtlingspolitik, die zu tausenden Toten und unwürdigen Zuständen führt. Europa schleiche sich aus der Verantwortung. Die Flüchtenden seien oft auf kriminelle Organisationen angewiesen, was die Flucht zusätzlich gefährlich mache. Um ein Zeichen dagegen zu setzen, solle die SP gemeinsam mit anderen Organisationen Aktionen und Veranstaltungen die über Pressekonferenzen hinausgehen, organisieren.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: R-1 wird einstimmig angenommen.

Wahl in die Finanzkommission:

Margrith Beyeler-Graf wird in die Finanzkommission gewählt.

R-2 SP Tessin „SBB-Werk Bellinzona sichern“

Wortmeldungen:

Evaristo Boncelli (SP TI) ist der Meinung, dass der öffentliche Sektor ein Vorbild für den privaten Sektor sein und nicht dessen schlechten Gewohnheiten übernehmen soll.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: R-2 wird einstimmig angenommen.

R-3 SP MigrantInnen „Einbürgerungsgesuch jetzt stellen!“

Wortmeldungen:

Ervin Sheu (SP MigrantInnen) ist stolz, dass er hier die Resolution vertreten darf. Das neue Bürgerrechtsgesetz verschlechtere die Situation für Menschen ohne C-Bewilligung. Migrantinnen und Migranten seien ein wichtiger Teil der Schweiz, die hier Steuern bezahlen aber nicht über die Zukunft der Schweiz mitbestimmen können. Mit gezielten Aktionen sollen Personen ohne Schweizerpass dazu eingeladen, jetzt ein Einbürgerungsgesuch zu stellen. Zwei Vorschläge: Mit einer Währungsabgabe von 20% können die Importe verteuert, die Exporte vergünstigt werden. Alternativ kann eine Verfassungsinitiative lanciert werden, damit die SNB den Wechselkurs definieren muss. Auf die nächste Versammlung sollten Vorschläge ausgearbeitet werden um den Schweizer Franken zu schwächen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: R-3 wird einstimmig angenommen.

A-1 Max Schmid SG „starker Franken“

Wortmeldungen:

Max Schmid (SP SG) hat zwei Vorschläge: Mit einer Währungsabgabe von 20% können die Importe verteuert, die Exporte vergünstigt werden. Alternativ kann eine Verfassungsinitiative lanciert werden, damit die SNB den Wechselkurs definieren muss. Auf die nächste Versammlung sollten Vorschläge ausgearbeitet werden um den Schweizer Franken zu schwächen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Der Antrag A-1 wird bei einigen Enthaltungen angenommen.

8. Schluss / Apéro und Live-Übertragung des EM-Achtelfinalspiels der Schweiz

Leyla Gül schliesst die Delegiertenversammlung, dankt allen für die Anwesenheit und der SP Graubünden, dem Kanton und der Stadt St.Gallen für die grosszügige finanzielle Unterstützung für

das Apéro. Des Weiteren bedankt sie sich bei den DolmetscherInnen, bei Stefan Merki und seinem Team von X-Light für die Technik und dem Personal des Zentralsekretariates der SP in Bern.